

Stand: 25.12.2025 12:23:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/307

"Sicherheitsanforderungen bei der geplanten Leistungserhöhung beim Atomkraftwerk Gundremmingen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/307 vom 11.12.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/435 des UV vom 23.01.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 05.02.2014



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganterer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Sicherheitsanforderungen bei der geplanten Leistungserhöhung beim Atomkraftwerk Gundremmingen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Leistungserhöhung beim Atomkraftwerk Gundremmingen

- eine Stellungnahme der Reaktorsicherheitskommission einzuholen,
- die Studie „Risiken des Betriebs des Kernkraftwerks Gundremmingen unter besonderer Berücksichtigung der beantragten Leistungserhöhung“ von Univ. Prof. Wolfgang Renneberg bei der Bewertung des Antrags zu berücksichtigen,
- sowie die Argumentation des Schleswig-Holsteinischen Obergerichts im Urteil vom 19. Juni 2013 zur Sicherheit des atomaren Zwischenlagers Brunsbüttel zu beachten.

### **Begründung:**

Beim laufenden Genehmigungsverfahren zur beantragten Leistungserhöhung beim Atomkraftwerk Gundremmingen liegt nach Medienberichten bereits ein neuer Genehmigungsentwurf der Bayerischen Staatsregierung beim Bundesumweltministerium vor. Nach der Vorlage eines früheren Genehmigungsentwurfs des Bayerischen Umweltministeriums ergaben sich bei Beratungen der Reaktorsicherheitskommission umfangreiche Nachfragen und Prüfaufträge. Es ist daher absolut sachgerecht, den neuen Genehmigungsentwurf ebenfalls der Reaktorsicherheitskommission vorzulegen, um zu klären, ob die aufgeworfenen Mängel des alten Genehmigungsentwurfs beseitigt sind.

Im November dieses Jahres wurde im Wissenschaftszentrum Augsburg eine neue Studie von Universitätsprofessor Wolfgang Renneberg vom Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften in Wien der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese Studie zeigt sowohl rechtliche als auch technische Sachverhalte auf, die erhebliche Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit des bestehenden Antrags wecken.

Das Urteil des OVG Schleswig zur Genehmigung des Zwischenlagers Brunsbüttel berücksichtigt die neuen Erkenntnisse über Gefahren für atomare Anlagen durch so genannte Einwirkungen von außen, insbesondere im Hinblick auf panzerbrechende Waffen und Flugzeugabstürze. In der Begründung zu dem Urteil, dass die Aufhebung der bestehenden Genehmigung des Zwischenlagers Brunsbüttel zum Inhalt hat, werden erhebliche Konsequenzen für die Sicherheit atomarer Anlagen eingefordert.

Für eine sachgemäße Behandlung des vorliegenden Antrags zur Leistungserhöhung des AKW Gundremmingen ist eine Berücksichtigung der drei genannten Punkte unerlässlich.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 17/307

**Sicherheitsanforderungen bei der geplanten Leistungserhöhung  
beim Atomkraftwerk Gundremmingen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatlerin: **Rosi Steinberger**  
Mitberichterstatter: **Hans Ritt**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 23. Januar 2014 beraten und für erledigt erklärt.

**Dr. Christian Magerl**  
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Die Listennummer 4 ist von der Abstimmung ausgenommen, da sie gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 5 beraten werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu Verfassungsstreitigkeiten und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2 – Unruhe)

Wenn Sie sich beruhigt haben, kann ich fortfahren. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Januar 2014 (Vf. 2-VII-14) betreffend  
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 45 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBl S. 500, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2013 (GVBl S. 450)  
 PII/G 1310.14-0002  
 Drs. 17/499

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

**CSU**

**SPD**

**FREIE WÄHLER**

**GRÜ**

☒

☒

☒

☐ ohne

**Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.**

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Januar 2014 (Vf. 1-VII-14) betreffend  
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 57 Abs. 4 Nr. 3 des Gesetzes über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz – BayNatSchG) vom 23. Februar 2011 (GVBl S. 82, BayRS 791-1-UG), geändert durch § 2 Abs. 19 des Gesetzes vom 8. April 2013 (GVBl S. 174)  
PII/G 1310.14-0001  
Drs. 17/500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
II. Der Antrag ist unbegründet.  
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. Januar 2014 (Vf. 3-VII-14) betreffend  
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz - FAG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl S. 210, BayRS 605-1-F)  
PII/G 1310.14-0003  
Drs. 17/501 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
II. Der Antrag ist unbegründet.  
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)  
Endlich handeln! – Situation von Asylsuchenden in Bayern verbessern  
Drs. 17/49, 17/444 (A)

**der Antrag wird gemeinsam mit TOP 5 beraten**

5. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Martin Neumeyer, Judith Gerlach u.a. CSU  
Asylsozialpolitik in Bayern – menschlich und modern  
Drs. 17/61, 17/446 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Anhörung zur Weiterentwicklung der bayerischen Asylpolitik  
Drs. 17/63, 17/447 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD  
Auswirkungen des Bildungsfinanzierungsgesetzes auf den Schulgeldausgleich für Schulen der Altenpflege und Altenpflegehilfe  
Drs. 17/85, 17/511 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



8. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD  
Bekämpfung von Cyberkriminalität  
Drs. 17/96, 17/503 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haftbedingungen in Straubing und München  
Verhandlungsunfähigkeit des in Augsburg angeklagten M.  
Drs. 17/106, 17/509 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD  
Aufklärung von Vorwürfen gegen die Justizvollzugsanstalten Straubing und München-Stadelheim  
Drs. 17/111, 17/513 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)  
Mit dem operationellen Programm zügig eine bestmögliche Förderung bayerischer Projekte aus den EU-Strukturfonds sicherstellen!  
Drs. 17/133, 17/507 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)  
Angemessene Finanzausstattung für die bayerischen Kommunen  
Drs. 17/134, 17/494 (A)

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:**  
**Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Arbeitnehmerrechte sichern – Streit zwischen XXXLutz und Belegschaft schlichten!  
Drs. 17/19, 17/496

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ermittlungen im Fall des Passauer Journalisten Hubert Denk  
Drs. 17/88, 17/495 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sicherheitsanforderungen bei der geplanten Leistungserhöhung beim Atomkraftwerk Gundremmingen  
Drs. 17/307, 17/435

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Streichung „geweihtragende Hirscharten“ von der „Liste gefährlicher Tiere“  
Drs. 17/322, 17/493

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

17. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD  
Anmietung der Außenstelle des Heimatministeriums in Nürnberg  
Drs. 17/382, 17/487

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

18. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. und Fraktion (SPD)  
Bericht zur BayernLB  
Drs. 17/404, 17/488

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**